

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:  
Stadtplanungsamt

Betreff:

**Bismarckplatz**  
- Planung und Bau von Podesten an den  
Straßenbahnhaltestellen am Bismarckplatz  
- Genehmigung von außerplanmäßigen  
Mitteln in Höhe von 90.000 €  
(ersetzt die Drucksache: 0153/2009/IV)

# Beschlussvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 12. Oktober 2010

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	22.09.2010	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	06.10.2010	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss nehmen die Information zum Konzept für den Bismarckplatz zur Kenntnis.  
Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, die zur Finanzierung erforderlichen außerplanmäßigen Mittel in Höhe von 90.000 € bei Projekt 8.81000916 Bismarckplatz zu genehmigen. Die Deckung der Investition erfolgt durch Minderausgaben bei Projekt Nr. 8.81000041 Investitionsförderungsmaßnahme R-/S-Bahn Rhein-Neckar.*

**Anlagen zur Drucksache:**

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Herstellung barrierefreier Bahnsteige Bismarckplatz: Lageplan mit 2 Querschnitten

## Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 22.09.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 22.09.2010

### 3.2 Bismarckplatz

**- Planung und Bau von Podesten an den Straßenbahnhaltstellen am Bismarckplatz**

**- Genehmigung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 90.000 €  
(ersetzt die Drucksache: 0153/2009/IV)**

Beschlussvorlage 0258/2010/BV

#### **Inhalt der Verhandlung:**

Herr Oberbürgermeister erinnert an die intensiven Diskussionen mit der RNV, in denen die nun vorgeschlagene provisorische Podest-Lösung erarbeitet worden sei, um Menschen mit Behinderungen kurzfristig einen barrierefreien Zugang zu den Straßenbahnen auf dem Bismarckplatz zu ermöglichen, ohne dass damit wesentliche Einschränkungen in den betrieblichen Abläufen verbunden seien.

Durch die künftige barrierefreie Großhaltestelle „Seegarten“ in der Kurfürstenanlage würde eine gute Umsteigemöglichkeit zwischen Straßenbahn und Bus in zentraler Lage am Eingang zur Altstadt geschaffen. Er betont den hohen Stellenwert der Barrierefreiheit, die von der Stadtverwaltung sukzessive an jeder Haltestelle im Stadtgebiet hergestellt werde, und verweist beispielhaft auf die erfolgte Erneuerung der Straßenbahnstrecke in der Rohrbacher Straße und der Karlsruher Straße.

#### Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Holschuh, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Spinnler

#### Folgende Punkte wurden im Wesentlichen angesprochen:

- Begrüßung der vorgeschlagenen provisorischen Lösung
- Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes für die Herstellung einer vollständigen Barrierefreiheit auf dem Bismarckplatz und der Abstimmung mit den Planungen für den Neckarufertunnel
- Mangelnde Eignung der künftigen Haltestelle „Seegarten“ als Ersatz für einen vollständig barrierefreien Bismarckplatz
- Befürchtung, dass eine Einpassung der Barrierefreiheit in ein städtebauliches Gesamtkonzept für den Bismarckplatz zu langen Verzögerungen führen könne
- Informationsbedürfnis zur Gestaltung des ÖPNV und Abwicklung des MIV in der Kurfürstenanlage bzw. an der künftigen Haltestelle „Seegarten“

Herr Oberbürgermeister unterstreicht, dass die Haltestelle „Seegarten“ nicht den barrierefreien Ausbau des Bismarckplatzes ersetzen solle, und erläutert, dass bei derartigen Projekten mehrere Pakete, insbesondere die genauen Förderkriterien des Landes wie des Bundes im Detail beachtet werden müssten, um den optimalen Zeitpunkt für einen maximalen Zuschuss zu bestimmen.

Auf Bitten von Herrn Stadtrat Holschuh sagt Herr Oberbürgermeister die Vorstellung der dem Regierungspräsidium vorgelegten Planfeststellungsunterlagen zur Anbindung des Neckarufertunnels an den Bismarckplatz in der nächsten oder übernächsten SEVA-Sitzung zu.

gezeichnet  
Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag

## **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.10.2010**

**Ergebnis:** einstimmig beschlossen

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SL10	+	Barrierefrei bauen <b>Begründung:</b> Eine Lösung die das Ein- und Aussteigen in die Fahrzeuge erleichtert führt zur Barrierefreiheit. <b>Ziel/e:</b>
MO4	+	Ausbau und Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur <b>Begründung:</b> Barrierefreie Bahnsteige führen zu einem Ausbau und zur Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur am Bismarckplatz. <b>Ziel/e:</b>
SOZ12	+	Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten <b>Begründung:</b> Eine Lösung die das Ein- und Aussteigen in die Fahrzeuge erleichtert führt zur Barrierefreiheit und damit zur Erhöhung der Selbstbestimmung der o.g. Gruppe.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

### 1. Hintergrund

Am 20.09.2006 wurde ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan Bereich Bismarckplatz (Beschlussvorlage 0276/2006/BV) gefasst. Dieser Aufstellungsbeschluss wurde erwirkt, um das städtebauliche Ziel, (zitiert aus alter Vorlage:) „die Attraktivität der Innenstadt auch durch geeignete bauplanungsrechtliche Nutzungsregelungen zu erhöhen sowie einem in Teilen bereits fortgeschrittenen Attraktivitätsverlust des Bereichs um den Bismarckplatz entgegenzuwirken“, zu erreichen. (Weiter zitiert:) „Die Ansiedlung von Nutzungen, die nicht den städtebaulichen Zielen entsprechen, soll verhindert werden. Hierzu gehören auch Vergnügungsstätten wie beispielsweise die am Bereich des Telekom-Gebäudes beantragten Spielhallen.“

Weiterhin soll eine Neusortierung der Flächen am Bismarckplatz erreicht werden. (Zitat aus 2006:) „Hier geht es sowohl um eine städtebauliche Ergänzung als auch um die Gestaltung und Funktion des Bismarckplatzes durch eine Neukonzeption der Straßenbahn- und Bushaltestellen unter dem Aspekt der geplanten und im Bau befindlichen Straßenbahnlinien.“

Um dem Anspruch eines barrierefreien Zugangs zum ÖPNV kurzfristig gerecht zu werden, wurden in 2009 Vorschläge für provisorische Lösungen untersucht. Die Ergebnisse wurden im Rahmen der Beantwortung des Antrages 0070/2009/AN in der Informationsvorlage 0153/2009/IV dargestellt. Als Fazit ließ sich festhalten, dass ein provisorischer Ausbau der Straßenbahnhaltestellen am Bismarckplatz wegen gravierender Auswirkungen auf den Fahrbetrieb abzulehnen ist.

## **2. Aktuelle Entwicklung**

Wegen des großen Handlungsdrucks wurden im Nachgang zur oben genannten Untersuchung weitere Lösungen diskutiert. Dabei wurde eine weitere Variante entwickelt, die auch aus Sicht des Betreibers trotz gewisser betrieblichen Beeinträchtigungen umsetzbar ist. Bei dieser Lösung wird je Fahrtrichtung ein barrierefrei erreichbares „Podest“ geschaffen, das mit einer Höhe von 30 cm einen ebenen Einstieg in die Straßenbahnen ermöglicht (siehe Anlage 1). Die Lösung wurde bereits mit Vertretern des BmB (Beirat für Menschen mit Behinderungen) im April 2010 besprochen und fand sehr große Zustimmung.

Über die Planung und Umsetzung der „Podestlösung“ im Herbst 2010 wurden die Bezirksbeiräte Altstadt und Bergheim in den letzten Sitzungen vor der Sommerpause 2010 mündlich informiert.

Wie bereits in der Fragezeit 0031/2010/FZ des Gemeinderates am 01.07.2010 von Herrn Oberbürgermeister Dr. Würzner erläutert, erfolgte die verwaltungsinterne Abstimmung im Juli 2010. Die Endabstimmung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen findet noch vor dem Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss im September 2010 statt.

Die RNV plant die Umsetzung der Maßnahme im Herbst 2010

Nach Kostenschätzung der RNV GmbH werden für die Umsetzung rund 90.000 Euro benötigt.

Die Deckung der Investitionen von rund 90.000 € erfolgt aus dem Projekt „Investitionsförderungsmaßnahmen R-/S-Bahn Rhein-Neckar (PSP 8.81000041)“. Im Teilhaushalt des Amtes 81 stehen 59.000 € bei Projekt Nr. 8.81000041 zur Verfügung. Zusätzlich wurden 240.000 € als Haushaltsrest aus dem Haushaltsjahr 2009 in das Haushaltsjahr 2010 übertragen. Nach aktueller Information der VRN vom August 2010 werden in diesem Jahr maximal 98.000 € als kommunaler Anteil aus der ZRN-Sonderumlage angefordert werden, so dass die zur Verfügung stehenden Mittel bei Projekt Nr. 8.81000041 zur Deckung der außerplanmäßigen Kosten bei Projekt 8.81000916 ausreichen.

## **3. Langfristige Entwicklung (zu Anfrage 0102/2009/AN)**

Mit Fertigstellung der Neckaruferpromenade wird eine Umgestaltung und Aufwertung des nördlichen Bismarckplatzes abgeschlossen sein. Eine bauliche Umgestaltung des südlichen Bismarckplatzes kann sich daran anschließen.

Im Auftrag der Stadt untersucht die RNV momentan das Heidelberger Liniennetz, um die Kosten des Heidelberger ÖPNV senken zu können. Ergebnisse dieser Liniennetzoptimierung werden in 2010 erwartet und nach Behandlung in den Gremien umgesetzt. Ergebnisse dieser Liniennetzneukonzeption dienen dann in gewissem Umfang als Planungsgrundlage für die Gestaltung der ÖPNV-Anlagen am Bismarckplatz, eine mögliche zukünftige Ausdehnung des Bus- und Straßenbahnnetzes wird jedoch berücksichtigt.

Bis 2013 wird ein barrierefreier Neubau der Haltestelle Seegarten durch die HSB/RNV und die Stadt angestrebt (siehe Antrag 0058/2010/AN). Sie liegt unmittelbar westlich des Adenauerplatzes in Fahrbahnmitte der Kurfürstenanlage. Dafür werden, auch zur Verbesserung der betrieblichen Bedingungen, die Haltestellen Poststraße und Adenauerplatz aufgegeben.

Die neue Haltestelle soll als barrierefreier Umsteigepunkt zwischen Bus- und Straßenbahnlinien dienen, durch die Nähe zum Bismarckplatz auch als Zu- und Abgangsstelle für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste zur Innenstadt. Die Inselbreiten werden etwa 3,00 m betragen, die Länge der Bahnsteige wird ausreichend sein für das gleichzeitige Halten eines Straßenbahnzuges (max. Länge OEG-Doppeltraktion) und eines Gelenkbusses.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Vorhaben werden die Planungen zu gegebener Zeit begonnen und die Beratungen in den gemeinderätlichen Gremien aufgenommen.

gezeichnet

Bernd Stadel